

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Bauarbeiterhymne

Melodie: Deutschland, Deutschland über alles

Liebe Freunde und Kollegen,
Brüder der Gewerkschaft ihr:
Unsers Standes Wohl zu pflegen,
Sind vereint zur Stunde wir.
Mag da drauß' die Welt bekunden
Auch den Sang zu Zwisten meist:
Bauarbeiter, eng verbunden
Säht uns der Gemeinschaft Geist.

Immerdar auf graden Wegen
Lebt den Sinn für rechtes Tun.
Wenn Gewerkschaftsgeist wir pflegen,
Muß die Luft zum Tändeln ruhn.
Bringt den Mörtel, füget Steine,
Schreckt vor schweren Opfern nicht!
O, schon strahlt im Sonnenscheine
Unser Haus in Glanz und Licht.

Kränzt die Tore nun, die Türen,
Laßt die Falschheit nicht herein!
Ordnung soll das Szepter führen
Und die Umsicht Wächter sein;
Aller Laubheit Geist muß schwinden,
Und im Walten, treu und echt,
Soll sich wahre Liebe finden
In den Räumen wohl zurecht.

Mögen andre sich verlieren
Strollend in der Sorgen Qual,
Zwig soll der Spruch uns zieren:
Christlich, deutsch und sozial.
Reich auf unsern Lebenswegen
Wirkt sich aus dann unsre Kraft:
Stete Treue den Kollegen,
Treue auch der Führerschaft!

Brüder, Freunde, wenn wir bauen
So an unsers Glückes Haus,
Schauen lächelnd unsre Frauen
In des Lebens Ernst hinaus,
Und es können unsre Lieber,
Sobd verkündend unsern Stand,
Und es kommt wie Segen nieder
Auf das ganze Vaterland.

Ludw. Kessing.

Frau und Gewerkschaft

Ein Wort an unsere Frauen

Warum ich mich an euch, ihr Frauen unserer Kollegen, wende? Auf diese Frage will ich euch vorweg die Antwort geben: Weil für die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und für die christlichen Gewerkschaften im besonderen die Mitarbeit der Frauen geradezu unentbehrlich ist.

Die meisten Mitgliederfrauen sehen die Notwendigkeit und den außerordentlich bedeutsamen Wert ihrer Mitarbeit leider immer noch nicht ein. Es ist deshalb gar kein Wunder, wenn man im Gespräch mit Arbeiterfrauen sehr oft der Meinung begegnet: „Was soll ich als Hausfrau mit der Gewerkschaft zu tun haben? Die Gewerkschaftsfrage ist doch lediglich Sache unserer Männer. Wir Frauen haben wahrlich genug zu tun, wenn wir unseren Hausstand in Ordnung halten wollen.“ Gemach, ihr Frauen! Folget einmal aufmerksam und vorurteilslos den nachstehenden Ausführungen. Ich will versuchen, euch davon zu überzeugen, daß eine kluge und verständige Frau die Berufsorganisation ihres Mannes als ihren treuen Freund und Lebensgefährten betrachten muß. Ja, ich behaupte sogar, daß die Frauen im gleichen engen Verhältnis zur Gewerkschaft stehen wie ihre Männer und deshalb schon allein aus Liebe zur eigenen Familie und mit Rücksicht auf den gesamten aufwärtsstrebenden Arbeiterstand moralisch verpflichtet sind, an der zahlenmäßigen und finanziellen Erstärkung der Gewerkschaften mitzuwirken.

Am liebsten würde ich ja mit euch Frauen über diese für uns Arbeiter und unsere Zukunft so überaus wichtigen Fragen persönlich reden und dabei wünschen, daß dieser Unterredung ältere und jüngere Frauen beiwohnen würden. Ich würde dann an die älteren Frauen die Bitte richten, einmal, gestützt auf eigene Erfahrungen, zu erzählen, wie ihre Männer als Arbeiter in Staat, Wirtschaft und in der Gesellschaft vor 30 und noch mehr Jahren bewertet und behandelt wurden. Ich bin fest davon überzeugt, daß keine Arbeiterfrau, die damals schon verheiratet war, jene Zeitverhältnisse zurückwünschen würde. Habt ihr Frauen es denn schon wieder vergessen, wie weite Kreise unseres Volkes noch in den achtziger und neunziger Jahren geringschichtig, ja, verachtend auf uns Arbeiter heruntergesehen? Welch unbedeutende und rechtlose Rolle spielten eure Männer in damaliger Zeit! Waren die Arbeiter damals etwa gleichberechtigt mit anderen Ständen? Welch unfähiges Gland kam über eure Familien, wenn Verdienstlosigkeit und Krankheit eintreten! Wie blutwenig war für solche Fälle gesorgt, eigentlich nur durch die entehrende Armenunterstützung! Wie kümmerlich war infolge Irreligiosität niederen Verdienstes euer Dasein! Waren wir Arbeiter damals

mehr als entrechtete, verachtete und einflußlose Lohnflaven eines rücksichtslos ausbeutenden, nur auf Gewinn bedachten, jedes sozialen Verständnisses baren Unternehmertums? Und nun zieht einen Vergleich zwischen damals und der Stellung des Arbeiters in Berufsleben, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft von heute. Glaubt ihr im Ernste daran, daß diese Entwicklung zwangsläufig ohne jedes Zutun kam?

Wißt ihr nichts von den Opfern, die unsere Gewerkschaftsgründer bringen, nichts von den hergehohen Schwierigkeiten und Widerständen, die überwunden werden mußten, bis diese Vorkämpfer unserer Gewerkschaftsbewegung sich und ihre neugeschaffenen Kampfverbände durchgesetzt hatten? Wie oft mußten diese Helden im Kampfe um die materielle und kulturelle Besserstellung des verachteten und entrechteten Arbeiterstandes ihre Arbeitsstätte wechseln! Man mitterte in den Gewerkschaften revolutionäre Brutstätten und unterjoch ihnen umürslerische Bestrebungen. Man hatte kein Verständnis dafür, daß der Arbeiter, in dem man nur den Arbeitsflaven sah, nach Lust und Freiheit rang und bestrebt war, in die menschliche Gesellschaft würdig eingegliedert zu werden. War's denn nicht so, ihr Frauen? Habe ich etwa übertrieben? Hand auf's Herz! Und wenn ich recht habe, dann wollen wir aber auch dem gerecht werden, was etwa seit 1880 bis heute für den Aufstieg der Arbeiterchaft geschah. Heute sitzen die Arbeitervertreter, dank der zielbewußten, zähen und opferreichen Arbeit der Gewerkschaften, mit den Arbeitgeber als gleichberechtigte Faktoren an einem Tische und regeln mit diesen gemeinsam alle aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis sich ergebenden Fragen. Ja, sogar bei der Einstellung und Entlassung der Arbeitskameraden haben die Arbeiter von heute mitzupreden. Dieses Recht ist geistlich gesichert durch das Betriebsrätegesetz. Denkt daran, daß wir in Deutschland die beste Kranken- und Invalidenversicherung der Welt haben, die den einzelnen in den Tagen der Krankheit und Invalidität vor größtem Gland schützt. Habt ihr Bauarbeiterfrauen euch schon einmal ernste Gedanken darüber gemacht, welche ungeheure Anstrengungen es gekostet hat, bis die Erwerbslosenfürsorge staatlich geregelt und in ihrer gegenwärtigen Form ausgebaut war? Ihr würdet diesen in der gesamten Welt einzig dastehenden Erfolg der deutschen Gewerkschaften bestimmt höher einschätzen, wenn euch die Zahl und der Einfluß derjenigen Kreise im deutschen Volke bekannt wären, die diesem großen sozialen Gesetzeswerk auch heute noch ablehnend gegenüberstehen. Vergesst auch nicht, daß die Vertreter der Arbeiterchaft in fast allen wichtigen öffentlichen Ämtern vertreten sind und dort ein gewich-

tiges Wortchen mitreden. Wir verfügen heute über eigene Konjungenossenschaften und eigene Banken. Wir nennen eine gut ausgebaute Lebens-, Feuer- und Unfallversicherung unser eigen und dürfen auf diese Errungenschaften mit Recht stolz sein.

Ihr werdet jetzt vielleicht einwenden: Gewiß, wir glauben an diese Verdienste der Gewerkschaften um den Aufstieg der Arbeiterschaft und schätzen sie auch, aber wir können nicht an einen weiteren wesentlichen Aufstieg der Arbeiterschaft glauben. Nichts wäre falscher als eine solche Auffassung. So könnten nur Menschen reden, die mit den gegenwärtigen Verhältnissen zufrieden sind und gar nicht weiter aufsteigen wollen. Geht es uns, trotz aller unbezweifelbaren Fortschritte, nun wirklich so gut, daß wir mit unserer gegenwärtigen Lage zufrieden und wunschlos sein könnten? Nehmen wir z. B. gesellschaftlich, im öffentlichen Leben, die Stellung schon ein, die unserer Bedeutung im Wirtschaftsleben entspricht? Verfügen wir schon über den dieser Bedeutung entsprechenden Anteil an den Erträgen der Wirtschaft? Stehen uns genügend materielle Mittel zur Verfügung, um menschenwürdig leben und gesund wohnen zu können?

Es wird noch manches Jahr ins Land gehen, mancher Hektoliter Wasser den Rhein hinabfließen und noch manche stürmische Auseinandersetzung zu bestehen sein, bis die volle Entproletarisierung des Arbeiterstandes Tatsache geworden ist und wir den Platz in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft einnehmen, der uns gebührt und den wir uns erkämpfen wollen.

Ich kenne euch Frauen gut genug, um zu wissen, daß es euch nicht gleichgültig ist, ob ihr mit euren Männern Angehörige eines entrechteten, einflußlosen und abhängigen Arbeiterstandes, oder ob ihr Angehörige eines freien, einflußreichen und unabhängigen, von allen anderen Ständen gleichgeachteten Arbeiterstandes seid. Es ist euch auch nicht gleich, ob eure Männer in ihrer schweren Berufsarbeit nur soviel verdienen, daß ihr eure Familie kärglich über Wasser halten könnt, oder ob der Verdienst eurer Männer ausreicht, um eure Familie ausreichend ernähren, kleiden und ihr eine gesunde Wohnstätte bieten zu können.

Glaubt ihr aber im Ernste daran, daß der einzelne Arbeiter in der Lage ist, aus eigener Kraft seine Lage zu verbessern? Ach, er ist im modernen Wirtschaftsbetrieb weniger als eine Null. Nur der vereinten Kraft aller Berufsangehörigen, gesammelt in einer Berufsorganisation, wird es gelingen, den Aufstieg des ganzen Berufsstandes und damit auch jeder einzelnen Familie durchzusetzen.

Wer von euch Frauen ist da nicht bereit, eine solche Bewegung zu unterstützen und an ihrem Auf- und Ausbau nach Kräften mitzuwirken? Allerdings, die geborenen Tauben kommen dem einzelnen Menschen auch heute noch nicht in den Mund geflogen. Der Weg, den wir noch bis zur Erlangung unserer Ziele zurückzulegen haben, ist lang, steinig und beschwerlich. Wir müssen deshalb alle Kräfte sammeln und anbieten, um die Hindernisse überwinden zu können. Im menschlichen Leben des Arbeiters gibt es zwei grundverschiedene Wege, die zu zwei ganz verschiedenen Zielen führen. In dem einen Wege steht auf dem Wegweiser: „Durch Mitarbeit, Opferwille und Strebamkeit zum materiellen und geistigen Aufstieg.“ Auf dem zweiten Wegweiser aber stehen die Worte: „Durch Interesselohigkeit, Opfercheu und Schlapheit zur Erniedrigung, Abhängigkeit und Verelendung.“ Kann es für ernstdenkende Bauarbeiterfrauen zweifelhaft sein, welchen Weg wir zu gehen haben?

Ich wünsche von ganzem Herzen, daß es meinen Zeilen gelungen ist, euch Frauen das Wesen und Rollen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung klarzulegen und ihr euch nun von der Notwendigkeit zahlenmäßig starker und finanziell kräftiger christlicher Gewerkschaften überzeugt habt. Daraus müßt ihr nun auch die Schlussfolgerungen ziehen, d. h. euch in Zukunft mehr wie bisher um den Berufsverband eures Mannes kümmern. Ihr dürft die Verbandszeitung nicht nur dann zur Hand nehmen, wenn etwas über die Frauen darin steht oder über eine neue Lohnbewegung be-

richtet wird, sondern ihr müßt sie regelmäßig jede Woche lesen und euch immer mehr mit der Gewerkschaftsfrage vertraut machen. Bald werdet ihr dann zu der Erkenntnis kommen, daß kein Geld besser berzinst wird, als der Verbandsbeitrag von der Gewerkschaft. Wenn wieder die Ortsgruppe des christlichen Bauarbeiterverbandes, der eure Männer angehört, eine Versammlung abhält und euch Frauen hierzu einladet, dann müßt ihr alle erscheinen und auch die Frauen von unorganisierten Bauarbeitern mitbringen.

Dann noch eins, ihr Frauen!

Opfer müssen wir alle bringen. Einer von gewerkschaftlichem Geiste erfüllten Frau bedeutet die regelmäßige Beitragsleistung eine Selbstverständlichkeit, weil ohne ausreichende finanzielle Mittel die Gewerkschaft ihre Zwecke nicht erfüllen kann. Die Unternehmer haben sich starke und leistungsfähige Streikschutzkassen geschaffen. Nicht umsonst! Sie rüsten sich bewußt zum Angriff und zur Abwehr. Daraus haben wir die Pflicht abzuleiten, unsere Kampfkassen ebenfalls in höchster Kampfbereitschaft zu halten, denn wo Macht uns bedroht, muß ihr Macht entgegengesetzt werden. Deshalb, ihr Frauen, zählt, wenn der Vertrauensmann in euer Haus kommt und euer Mann abwesend ist, gerade und regelmäßig den Verbandsbeitrag. Haltet ihn immer bereit, denn er ist der dem Verbandsgehörende Lohnanteil. So erleichtert ihr dem Vertrauensmann seine mühevollen Arbeit und tragt dazu bei, die Lage des Bauarbeiterstandes und damit auch eure eigene glücklicher und zufriedener zu gestalten.

G. Maurer, Saarbrücken.

Zu wenig Bauarbeiter?

Der preussische Wohlfahrtsminister gab kürzlich dieser Befürchtung Ausdruck. Bei seiner Stellungnahme gegen das bekannte amerikanische Bauprojekt in Berlin, das den Bau von rund 15 000 Wohnungen in drei Jahren vorsieht.

Der Herr Minister befindet sich in einem grundlegenden Irrtum. Wir hatten jederzeit nach dem Kriege nicht zu wenig, sondern zuviel Bauarbeiter. Soweit zu gewissen Zeiten sich tatsächlich ein Bauarbeitermangel bemerkbar machte, war er ausschließlich auf die schlechte zeitliche Verteilung der Bauaufträge zurückzuführen, was wieder um mit dem Glend unserer öffentlichen Baufinanzierung zusammenhängt.

Den besten Beweis hierfür bilden die Erwerbslosenziffern des Baugewerbes. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerksbund und im christlichen Bauarbeiterverband weist seit der Marktabstufung folgendes Bild auf:

Monat	Es waren arbeitslos vom Hundert der Mitglieder							
	1924		1925		1926		1927	
	Baugewerksbund	Christlicher Bauarbeiterverband	Baugewerksbund	Christlicher Bauarbeiterverband	Baugewerksbund	Christlicher Bauarbeiterverband	Baugewerksbund	Christlicher Bauarbeiterverband
Januar	71.50	75.74	24.86	17.92	52.06	61.11	43.45	40.91
Februar	72.62	63.18	22.83	19.63	39.14	51.86	41.99	38.30
März	33.05	48.14	11.29	12.80	33.91	45.14	22.78	25.00
April	15.33	17.24	5.75	7.58	26.73	37.67	—	14.68
Mai	9.65	13.37	3.50	3.27	22.90	26.23	—	—
Juni	10.62	13.78	3.23	3.48	21.40	30.63	—	—
Juli	10.59	14.86	3.73	4.49	19.68	26.24	—	—
August	11.43	13.23	4.77	4.63	17.80	25.75	—	—
September	8.73	11.30	4.60	6.18	16.04	23.24	—	—
Oktober	6.53	7.96	6.44	9.97	16.05	23.37	—	—
November	10.13	12.36	27.76	31.21	21.04	25.30	—	—
Dezember	22.65	20.42	47.79	61.63	41.05	39.84	—	—
Im Jahresdurchschnitt	23.99	25.96	14.13	15.23	27.32	34.70	—	—

Im Berliner Tageblatt hat kürzlich ein Wohnungspolitiker berechnet, daß in den Jahren 1919 bis 1925 225 Millionen Bauarbeiter-Tagewerke durch Arbeitslosigkeit ausgefallen sind; mit diesen hätten 750 000 Kleinwohnungen gebaut werden können, d. h. die Wohnungsnot wäre dann heute zum größten Teil behoben.

Wären die Bauarbeiten der Nachkriegszeit gleichmäßig auf die ganze nachbare Bauzeit verteilt gewesen, niemals und nirgends hätte es einen Bauarbeitermangel gegeben, im Gegenteil, es wären noch große Scharen Bauarbeiter arbeitslos geblieben.

Damit ist zugleich die Richtung gewiesen, wie in der Zukunft ein Bauarbeitermangel verhütet werden kann. Man schaffe endlich, das langfristige Wohnungsbauprogramm, kelle dessen Finanzierung für eine Reihe von Jahren sicher und ermögliche so eine gleichmäßige Verteilung der Bauarbeiten auf das ganze Jahr. Dann werden die vorhandenen Bauarbeiter auch bei einer wesentlich verstärkten Bautätigkeit ausreichen.

Sozialdemokratie und christliche Arbeiterchaft

Kürzlich sprach Koll. Stegerwald in einer großen politischen Versammlung in Hörter. Dabei kam er auch auf den letzten Sozialdemokratischen Parteitag zu sprechen und führte darüber aus:

In Kiel wurde von mehreren Rednern die Sozialdemokratische Partei den christlichen Arbeitern vorgestellt als die Partei für den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Emanzipationsprozeß der Arbeiterchaft; die geistigen und kulturellen Auseinandersetzungen solle man, so meinte der Redner, entsprechend zurückstellen. Damit ist das Gesichtsfeld geklärt. Die politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie hat sich in Deutschland vor der Gründung der christlichen Arbeiterbewegung geistig und kulturell anders gegeben als heute. Damals war der Hauptlebensinhalt in den sozialistischen Gewerkschaftsbibliotheken: Häckels Welträtselfel, Darwin, Behels Frau usw. Die Festtagsartikel in den sozialistischen Gewerkschaftsblättern, atmeten denselben Geist. Das war der Hintergrund für die Bildung der christlichen Gewerkschaften. Von derselben Stunde an, wo wir in Deutschland über das Schlimmste hinweg sind und wo keine starke christliche Arbeiterbewegung mehr existieren würde, würde die politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie auch äußerlich wieder dahin zurückkehren, von wo sie gekommen und ausgegangen ist. Der Mensch lebt, auf längere Sicht gesehen, nicht vom Brot allein. An den geistigen Grundlagen des Sozialismus hat sich zudem im Vergleich zu früher nichts geändert; heute wird lediglich, um die christlichen Arbeiter zu gewinnen, mit der Herauskehrung dieser Grundzüge etwas zurückgehalten.

Der Emanzipationskampf der Arbeiterchaft hat nicht nur eine materielle, sondern auch eine geistige und seelische Seite

Die besten Köpfe in der englischen Arbeiterbewegung kommen immer mehr zu der Erkenntnis, daß der bloßen Oekonomisierung der Arbeiterbewegung nachdrücklich entgegen gewirkt werden müsse. Hinsichtlich der geistigen und seelischen Seite des Emanzipationskampfes der Arbeiterchaft, hinsichtlich des Wohlergehens und Wohin des Menschen, kann der Sozialismus den christlichgläubigen Arbeitern nicht mehr bieten als der Kapitalismus, nämlich geistige und seelische Leere. Im Gegenteil: in der Vergangenheit war der deutsche Sozialismus in diesen Dingen unbuldamer als der Kapitalismus. Was kam denn der Sozialismus dem inneren Menschen an Stelle des Christentums bieten? Bei einer Vorhererschaft des Sozialismus im Volks- und Staatsleben ginge es ähnlich wie in Amerika, wo sich der technische Fortschritt zumgunsten der biologischen Substanz der amerikanischen Kultur vollzieht. Der französische Philosoph Henri Bergson bemerkte einmal: der moderne Mensch habe durch die Technik seine physischen Kräfte vervielfältigt; dabei seien seine seelischen Kräfte, anstatt mitgewachsen, eher verkümmert! So führt bloßer äußerer Fortschritt ohne gleichzeitigen geistigen und seelischen Wachstumsprozeß zur seelischen Entartung und Verwilderung.

Sozialisten und Kommunisten wollen, nach ihren letzten Parteitag, verstärkt um die christlichen und katholischen Arbeiter werben. Wohlau: nehmen wir den Kampf um die Durchgeistigung der Arbeiterbewegung, des Partei- und des Volkslebens auf!

Aber auch die Zentrumsparterie muß in allen ihren Gliedern klar sehen lernen, daß mit dem, was heute ist, die christliche Arbeiterchaft sich nicht zufrieden geben kann. Deutschland war bis vor wenigen Jahren ein Privilegiensaat zumgunsten der Arbeiterchaft auf fast allen Gebieten. Auf politischem Gebiete sind diese Privilegien beseitigt. Im Wirtschafts- und Kulturleben sind wir in den letzten Jahren anstatt vorwärts, vielfach rückwärts gegangen. Vor 100 Jahren haben die meisten europäischen Fürsten, trotz der Opfer, die das Volk in den Freiheitskriegen gebracht hatte, dem gleichen Volk die Mitwirkung an den Staatsgeschicken vorenthalten und verweigert. Unterdessen sind wir weit über die damalige Volksforderung hinausgewachsen. Heute haben wir nicht mehr Konstitution (Mitwirkung des Volkes an den Staatsgeschicken), heute haben wir politische Demokratie (Volksheerschaft). Vor 100 Jahren haben die Fürsten dem Volk die Mitregierung des Staates verweigert; heute verweigert umgekehrt das Volk den Fürsten die Mitwirkung an den Staatsgeschicken. Dieselben Kräfte, die wir im Staatsleben vorfinden, sind auch in der Wirtschaft lebendig. Heute leben wir im Zeitalter der Rationalisierung, der Kartellierung und der Vertiefung. Glaubt denn jemand, daß die Arbeiterchaft dauernd diese Dinge über sich ergehen lasse, ohne Einbild in sie und Einfluß auf sie zu erlangen? Die Arbeiterchaft wird nicht eher Ruhe geben, bis der § 163 der Reichsverfassung, nämlich die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiterchaft in der Wirtschaft, Wirklichkeit geworden ist.

Es ist daher ein sehr kleinliches Beginnen, sich selbst

gegen die partitatische Ausgestaltung der Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern stemmen zu wollen. Solche Dinge hält man nicht auf, sie kommen, wenn nicht rechtzeitig, dann später um so elementarer.

Ähnliches gilt auf dem Gebiete des Bildungswesens. Der preussische Staat zahlt heute schon für jeden Studierenden jährlich 1655 M. als Zuschuß zu den Hochschulen aus allgemeinen Staatsmitteln. Die Steuern werden größtenteils aufgebracht von den breitesten Volksschichten. Die Staatszuschüsse für das akademische Studium aber sind im allgemeinen nur Kindern einer dünnen Bildungsschicht und jenen der besitzenden Schichten zustatten gekommen. Bei sparsamer Lebensführung der Studenten zahlt heute schon der Staat 60—75 Prozent (es kommt darauf an, ob der Student die Hochschule am elterlichen Wohnort oder anderwärts besucht) der Studienkosten. Die Kinder der Arbeiter, der Kleinbauern, der Handwerker usw. werden im allgemeinen nicht dummer geboren als jene, deren Eltern akademische Bildung genossen oder die sich einen wohlhabenden Vater gewählt haben. Es müssen daher Mittel und Wege gefunden werden, die den wirklich Tüchtigen aus allen Volksschichten, ohne Rücksicht auf das Portemonnaie des Vaters, die für sie geeignete Ausbildung und so das Hineinwachsen in alle führenden Stellen, die Volk, Gesellschaft, Staat und Wissenschaft zu vergeben haben, ermöglichen. Diese Dinge in Verbindung mit der Steigerung des Reallohnes und der Entproletarisierung der Arbeiterchaft sowie die Ethisierung von Konsum und Produktion sind es, um die es in den nächsten Jahren geht.

Das Haupttarifamt

hielt am 9. Juni d. J. eine Tagung ab. Die ersten fünf Streitfälle betrafen das badische Vertragsgebiet. Folgende Entscheidung wurde gefällt:

„Der Schiedspruch des Tarifamts Karlsruhe vom 5. Mai 1927 wird mit folgenden Maßgaben zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Tarifamt zurückverwiesen:

Die Einbeziehung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gipser, Stukkateure und Plattenleger in den Bezirkstarifvertrag für das Baugewerbe in Baden gilt unbeschadet der durch Schiedspruch vom 24. Mai 1927 herbeigeführten Lohnregelung, im übrigen bis zur Schaffung des besonderen Reichstarifvertrages für das Stuckgewerbe.

Die anderen Punkte (Ziffern II bis VIII) des Schiedspruchs des Tarifamts vom 5. Mai 1927 sind vom Tarifamt endgültig zu entscheiden, jedoch zu III und IV erst nach vorheriger Verhandlung in der Schlichtungskommission zu Mannheim.“

Der Deutsche Baugewerksbund hatte für Dsnabrück die Schaffung eines selbständigen Bezirkstarifvertrages beantragt. Er bestritt, daß der vom Tarifamt Hannover gefällte Lohnschiedspruch auch für Dsnabrück Geltung habe. Hierzu faßte das Haupttarifamt folgenden Beschluß:

„Obwohl ein Antrag auf grundsätzliche Entscheidung nicht vorliegt, wird die Frage 3 des Erlasses des Tarifamts Hannover vom 3. Mai 1927 mit Ja! beantwortet. Von weiteren Erklärungen sieht das Haupttarifamt ab und ersucht das Tarifamt Hannover, nunmehr der Entscheidung des Haupttarifamts vom 26. April 1927 zu entsprechen und einen Schiedspruch zu fällen.“

In der Provinz Brandenburg war Streit entstanden über die Tiefbauarbeiterlohnzuschläge in gewissen herausgehobenen Orten. Das Haupttarifamt fällt folgende Entscheidung:

„Die im Schiedspruch des Bezirkstarifamtes Brandenburg vom 9. Mai 1927 behandelten Punkte werden an das Bezirkstarifamt zur nochmaligen Verhandlung und bindenden Entscheidung mit der Maßgabe zurückverwiesen, daß über Punkt 4 des Schiedspruchs (Tiefbauarbeiterlohnzuschläge, die über Lohnklasse I hinausgehen) die Parteien zunächst unter sich zu verhandeln haben.“

Die Arbeitszeit

Entsprechend dem in der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ mitgeteilten schriftlichen Antrage der Unternehmer wurde am Schlusse der Haupttarifamtstagung über die Arbeitszeit gesprochen. Die Arbeitgeber teilten mit, daß sie sich an das Reichsarbeitsministerium mit der Bitte gewandt hätten, in die Arbeitszeitverhältnisse des Baugewerbes regeln einzugreifen. Das Ministerium habe geantwortet, daß, entsprechend dem Reichstarifvertrage für das Baugewerbe, zuerst mit den Bauarbeiterverbänden verhandelt werden möchte. Die Vertreter der Bauarbeiterverbände erklärten, daß nach ihrer Auffassung das Arbeitszeitgesetz keine gefühlige Neuregelung der Arbeitszeit im Sinne des § 3 des Reichstarifvertrages darstelle und sie somit einstweilen Verhandlungen über die Arbeitszeit ablehnen müßten. Damit war die Aussprache erschöpft. Es ist anzunehmen, daß sich die Unternehmer nun erneut an das Reichsarbeitsministerium wenden werden.

Allgemeine Rundschau

Die christlichen Arbeiter wissen, was sie wollen!

In der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ schreibt der Abg. Foss über die Versuche der Sozialdemokraten, die christlichen Arbeiter zu gewinnen, u. a. folgendes:

Ein bestimmter Faden, neu nur in seiner Art, zog sich durch den diesjährigen Sozialdemokratischen Parteitag, nämlich der Gedanke der Eroberung der christlichen Arbeiter für die Sozialdemokratie. Natürlich hat dieser Gedanke bei der Sozialdemokratie bestanden, seitdem sie existiert. Sie hat ein Menschenalter hindurch mit ansehen müssen, daß die christlichen Arbeiter ihre eigenen Wege gingen. Sozialisten haben sich immer darüber gewundert, eben weil sie von der Auffassung ausgingen, daß alle diejenigen, die sich aus sittlichem Bewußtsein im Kampfe gegen die Lähmungen und Zerstörungen des Kapitalismus verbunden fühlen, zum Sozialismus stoßen müßten. Und hier beginnt der Irrtum. Diese Auffassung ist falsch. Die zerstörenden Wirkungen des Kapitalismus bekämpfen, zwingt so wenig zum sozialistischen Bekenntnis, wie das Bewußtsein, Lohnarbeiter zu sein, oder die erkannte Wahrheit, daß die Schicht der Lohnarbeiter sich innerhalb der anderen Volksschichten durchsetzen und ihren Platz erkämpfen muß.

Die in der christlich-kirchlichen Atmosphäre lebenden Arbeitermassen haben ein Klassenbewußtsein eigener Art, das sie wohl zu einer berufswirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Initiative und zu organisatorischen Maßnahmen drängt, aber ohne darum Sozialdemokraten werden zu können. Wir sagen mit Absicht: zu können. Sie können es nicht, weil ihr ganzes Arbeiterklassenstreben eingebaut ist in den religiösen Sinn vom Leben in all seinen Auswirkungen.

Wenn die Sozialdemokratie nun glaubt, aus der Tatsache einer gewissen Gärung in der christlichen Arbeiterschaft auf eine „Reise für den Sozialismus“ schließen zu können, so irrt sie sich. Gerade diejenigen christlichen Arbeiter, die innerhalb der Zentrumspartei aufbegehren und ihr Recht verlangen, denken nicht daran, diesen ihren Kampf um Gleichberechtigung abzubrechen und im roten Meer unterzutauchen. Ihre Eigenart wollen sie in einer zu schaffenden Volksordnung wahren, Staatsbürger, nicht Staatsknechte, Stand, nicht Klasse, Volk, nicht Masse wollen sie sein. Die Sozialdemokratie wird erfahren, daß der von den Kommunisten herkommende Gedanke der „Einheitsorganisation“ und „Einheitspartei“ in der christlichen Arbeiterschaft keine Gegenliebe findet, auch nicht, wenn er unter der äußerlichen Schöpfung religiöser Empfindungen erfolgen sollte. Die christlichen Arbeiter wissen, was sie wollen und warum sie es wollen.

Tagung der evangelischen Arbeitervereine

In den letzten Tagen des Mai fand in Erfurt der 25. Vertretertag des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine statt. In einer öffentlichen Rundgebung betonte Reichsverkehrsminister Dr. Koch, daß auch in der Wirtschaft der Mensch über den Sachwerten stehe. Die Hauptverhandlungen wurden eingeleitet durch Vorträge: „Rationalisierung der Wirtschaft und die Arbeiterschaft“ durch Reichsminister Dr. Koch und „Die Sonntagsruhe in der Industrie und Landwirtschaft“ durch D. Mümmel-Berlin. Den Geschäftsbericht erstattete Generalsekretär Kubolph.

In einer sozialpolitischen Entschließung wird u. a. vom Reichstag gefordert, die Arbeitslosenversicherung und die Regelung der Arbeitszeit beschleunigt zu verabschieden. Bezüglich der Sonntagsruhe stellt sich der Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine auf den Standpunkt, daß die Stunden des Hauptgottesdienstes am Sonntagmorgen durch Reichsgesetz von allen öffentlichen Veranstaltungen freigehalten, daß die kirchlichen Feiertage reichsweit geschützt werden müßten und daß am Karfreitag, Bußtag und Totensonntag jede öffentliche Veranstaltung zu unterbleiben habe. Die Arbeitszeit in durchgehenden Betrieben, soweit sie an den Sonntagen nicht unterbrechen werden kann, müsse so geregelt werden, daß sie den Erfordernissen der Sonntagsruhe entspreche. Bezüglich des Duwespianes äußert sich der 25. Vertretertag des Gesamtverbandes Evangelischer Arbeitervereine dahingehend, daß durch die wachsenden, an das Ausland zu leistenden Abgaben die soziale Lage der deutschen Arbeiterschaft schwer geschädigt würde.

Über die Hälfte der Arbeiter unter 24 M. Wochenlohn!

Das Institut für Konjunkturforschung teilt in seinem neuen erschienenen neuen Vierteljahreshft die Ergebnisse einer neuen Lohnstatistik mit, die den Erlös aus dem Verkauf von Invaliden- und Angestelltenversicherungsmarken zur Grundlage hat. Die neue Zählmethode verspricht in der Zukunft die monatlichen Schwankungen in dem Einkommen der versicherten (also nicht arbeitslosen) Arbeiter und Angestellten abzuspiegeln. Für das erste Vierteljahr 1927 ergibt sich für die rund 15 Millionen beschäftigten Arbeiter (darunter allerdings eine Million sogenannte „Weiterverhörer“, die aus dem Arbeitsverhältnis ausgetreten sind) ein monatlicher Durchschnitt von 1431 Millionen Mark, und für die 2,65 Millionen Angestellten ein monatlicher Gehaltsdurchschnitt von 434 Millionen Mark. Auf das ganze Jahr umgerechnet, also unter der Voraussetzung unveränderter Beschäftigungsgrades, würde damit das Gesamteinkommen der deutschen Arbeitnehmer-

Am 18. Juni 1927 ist der fünfundsingzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1927 fällig.

schafft (mit Ausnahme der Beamten) etwa 22 1/2 Milliarden Mark betragen. Diese Summe ist niedriger, als man bisher nach den Ergebnissen der Lohnsteuer-aufkommen geschätzt hatte. Der Grad der Arbeitslosigkeit (bei Arbeitern) ist nach der Versicherungsstatistik ungefähr derselbe, wie nach der Gewerkschaftsstatistik. Er beträgt für das erste Vierteljahr 1927 rund 15 Prozent. Interessant ist die Gliederung der Arbeitnehmerzahl und deren Einkommen nach den Lohn- und Gehaltsklassen.

	Lohnklasse bzw. Gehaltsklasse	% der Gesamtzahl	% des Gesamteinkommens der Arbeiter bzw. Angestellten
Wochenlohn der Arbeiter	bis 6 Mark	6,3	1,6
	über 6-12 "	16,9	6,4
	" 12-18 "	20,2	12,6
	" 18-24 "	12,5	11,0
	" 24-30 "	9,4	10,6
	" 30* "	34,7	57,8
		100,0	100,0
Monatsgehalt der Angestellten	bis 50 M.	19,8	6,1
	über 50-100 "	17,6	8,1
	" 100-200 "	32,7	29,9
	" 200-300 "	17,5	26,6
	" 300-400 "	8,0	17,0
	" 400-500 "	3,9	10,8
	Freiwillig Höher-versicherte**)	0,5	1,5
		100,0	100,0

Mehr als die Hälfte aller Arbeiter gehören somit zu den Lohnklassen mit einem Wochenlohn unter 24 M.; dieser Teil der Arbeiter erhält etwas weniger als ein Drittel (31,6 Prozent) der Gesamtlohn. Bei den Angestellten gehört ein Drittel zu der Gehaltsgruppe von 100 bis 200 M.; auf diese Gruppe entfällt etwa ein Drittel der Gesamtgehälter. Mehr als ein Drittel der Angestellten wird mit einem Gehalt von 100 M. und darunter bezahlt; auf diese Gruppe entfällt etwa ein Sechstel der gesamten Angestelltengehälter.

Arbeiterschutz und Unfallgefahr

Die Veröffentlichung der Jahresberichte der Berufsgenossenschaften gibt Anlaß, wiederum auf die große Unfallgefahr im Gewerbe hinzuweisen. Nach diesen Berichten sind im Jahre 1925 arbeitsmäßig durchschnittlich 2878 gewerbliche Unfälle gemeldet worden, von denen 358 entschädigungspflichtig, also schwererer Natur waren. Von diesen Unfällen kommen auf den Arbeitsag rund 27 tödliche Unfälle, während rund vier Unfälle täglich zu dauernder Erwerbsunfähigkeit führen. Angesichts solcher Zahlen erhalten die Bestrebungen der Gegenwart, auf die Arbeiterschaft selbst durch Unfallverhütungpropaganda im Sinne des Arbeiterschutzes einzuwirken, besondere Bedeutung. Die Verhältnisse liegen ja so, daß ein großer Prozentsatz der Unfälle in der Person des Arbeitenden selbst liegen. Natürlich handelt es sich hierbei nicht nur um „Verschulden“ im Sinne einer Schuld des Arbeiters, sondern auch um Uebermüdungsercheinungen, allzu große Vertrautheit mit der Gefahr u. a. Wird der Arbeiter aber auf die Größe der ihn umgebenden Gefahr in geeigneter Weise aufmerksam gemacht, so ist, wie die Erfolge bereits beweisen, der Einfluß auf eine größere Sicherheit bei der Tätigkeit des Arbeiters sehr wohl zu bemerken.

Natürlich muß der Arbeiter auch wissen, welche Einrichtungen besonders gefährdend sind und wie er sich am besten gegen derartige Gefahren schützen kann. Diesem Zweck dient die Zeitschrift „Arbeiterschutz“, die seit einigen Jahren von der Reichsarbeitsverwaltung im Rahmen des „Reichsarbeitsblatts“ herausgegeben wird. Sie sucht in allgemeinverständlicher Form Arbeitnehmern wie Betriebsleitern die wichtigsten Tatsachen des Arbeiterschutzes zu vermitteln. Da die Zeitschrift von den beiderseitigen Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber unterstützt wird, erfreut sie sich mit Recht einer wachsenden Beliebtheit in den in Frage kommenden Kreisen. Der geringe Preis von 1 Mark für drei Nummern im Vierteljahr ermöglicht wohl jedem den Bezug der Zeitschrift. Es wäre daher jedem Betriebsleiter zu empfehlen, die Zeitschrift für die Belegschaft in mehreren Exemplaren zu halten bzw. wird der Betriebsrat mit einem entsprechenden Verlangen an seine Betriebsleitung heranzutreten. Die geringe Ausgabe wird sich durch die größere Sicherheit im Betriebe durchweg bezahlt machen.

Mehr Ueberstunden — erhöhte Unfallziffern

Im preussischen Steinkohlenbergbau ist die Zahl der Unfälle im Jahre 1926 gegenüber dem Vorjahr auf etwa der gleichen Höhe geblieben. Indessen stieg sie innerhalb des Jahres in sehr beträchtlichem Maße: im dritten Quartal betrug die Steigerung der Unfallziffer 40 Prozent. Wie Oberbergat Dr. Ebel „Reichsarbeitsblatt“ darstellt, ist es angesichts der Ueber- und Nebenschichten im dritten Quartal — wo die Kohlenkonjunktur infolge des englischen Bergarbeiterstreiks einen großen Aufschwung erfuhr — klar,

*) Durchschnittlich 40 M. als Lohn der höchsten Klasse angenommen.
**) Für die freiwillig Höher-versicherten werden 500 M. als Durchschnitt gerechnet.

daß die Gefahr mit der Länge der Beschäftigung wachsen mußte. Das Gefahrenmoment — so schreibt Dr. Ebel — wächst mit der Länge der Arbeitszeit. In gleicher Richtung wirkte die vermehrte Einstellung von Arbeitern, die mit der Eigenart des Betriebes weniger vertraut waren. Die Untertagearbeiter waren an der Unfallsteigerung am stärksten beteiligt. Die Verschlechterung der Lagerungsverhältnisse, insbesondere aber die stärkere Anspannung des Betriebes, hat ebenfalls zur Steigerung der Unfallziffer beigetragen. Im letzten Quartal ist dann mit dem Abnehmen der Ueberstunden eine gewisse Stetigkeit der an sich noch sehr hohen Unfallziffern eingetreten.

Was hier vom Bergbau gesagt wird, trifft auch auf das Baugewerbe zu. Lange Arbeitszeiten erhöhen überall die Unfallgefahren.

2,3 Millionen Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene

Im Oktober 1926 wurde eine neue Zählung der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen vorgenommen, deren Ergebnisse kürzlich („Wirtschaft und Statistik“, Heft 7) mitgeteilt wurden. Die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten betrug im Oktober 1926 736 900 gegenüber 1924, der Zeit der ersten Erhebung, eine Zunahme von 15 936 = 2,2 Prozent. Die Zunahme erklärt sich daraus, daß zahlreiche Kriegsbeschädigte, die früher keine Rente verlangt haben, infolge wirtschaftlicher Not neuerdings die Rentengewährung beanpruchten. Deshalb hat die Zahl der unterstützten Kriegsbeschädigten, trotz deren Verminderung um etwa 9400 durch den Tod, zugenommen. Die Zahl der versorgungsberechtigten Kriegerhinterbliebenen ist dagegen durch Abnahme der versorgungsberechtigten Waisen um 82 975 = 5,2 Prozent zurückgegangen. Es erhielten Witwenbeihilfen 370 981 Witwen, Waisenrenten und -beihilfen 917 890 Waisen, Elternrenten und -beihilfen 225 279 Eltern. Demnach sind es heute noch nicht weniger als 2 351 000 Personen, welche als Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

Wohnungsfrage und Geburtenrückgang

Bekannt ist, daß das Wachstum der Großstädte auf der Zuwanderung vom Lande beruht. Wenn diese fortfällt, schrumpfen die Großstädte stark zusammen, weil hier allenthalben ein rapider und stetiger Geburtenrückgang zu verzeichnen ist. Während beispielsweise in Berlin im Jahre 1913 noch 77 000 Kinder geboren wurden, waren es 1919 noch 52 000, 1922 nur noch 46 000 und 1923 nur 39 000. Sicherlich sprechen für diese bedauerliche Tatsache eine ganze Reihe von Gründen. Die tiefste Ursache aber liegt in dem namenlosen Wohnungselend, das abzustellen oder wenigstens weitgehendst zu mildern das dringendste Gebot der Stunde ist.

Ehe, Familie und Kindererziehung in Rußland

Wir entnehmen der in Charkow erscheinenden ukrainischen Zeitung „Kommunist“ Nr. 20 einen Bericht über den Vortrag des Volkskommissars für Bildungsweesen Lunatscharski über Ehe, Familie und Fragen des Geschlechtslebens. Es heißt in diesem Referat u. a.:

Lunatscharski wandte sich sehr entschieden gegen die Förderung der geschlechtlichen Moral, die in den Kreisen der kommunistischen Jugend zu beobachten ist. Das Problem der Familie nehme bei der Umgestaltung sämtlicher Lebensformen, wie sie der Sozialismus anstrebt, eine zentrale Stellung ein. Die in manchen kommunistischen Kreisen herrschende Anschauung, daß die „Individualfamilie“ aufzulösen sei, daß man sich „nicht binden dürfe“, keinen häuslichen Herd brauche usw., sei abzulehnen. Eine derartige Auffassung würde die Kinderfürsorge vollständig zum Zusammenbrechen lassen. Schon gegenwärtig sind die staatlichen Fürsorgeanstalten bereits mit einer übergroßen Menge von obdachlosen Kindern belastet, und die Zahl der obdachlosen Kinder nehme in gefährlicher Weise weiter zu. Unter diesen Umständen gewinnt die Frage, wie die Verpflichtungen zum Unterhalt der Kinder zu regeln seien, die größte Bedeutung. Auch im Sowjetstaat müsse sich die Familie aus Mann, Frau und „mindestens drei Kindern“ zusammensetzen. Weiterhin trat Lunatscharski für die Frau als den schwächeren Teil im Lebenskampf ein und sagte, daß ein Mann, der keine Beziehungen zu den Frauen leichtfertig auflasse, nicht als ehrlicher Mensch gelten könne.

Es ist also nichts mit dem kommunistischen Eheideal. Was uns allerdings nicht erst das russische Beispiel zu beweisen brauchte. Wer an der christlichen Familie rüttelt, rüttelt damit an den Grundsteinen der menschlichen Gesellschaft. Schlimmste Untat muß die Folge sein.

Jugendbewegung

Rheine l. Westf. Am Donnerstag, dem 9. Juni, fand in der Wirtschaft Hermes eine Versammlung der Bauarbeiterjugend statt. Die Versammlung war sehr gut besucht. Kollege Landzettel begrüßte die Erschienenen im Namen des Verwaltungsrates des Bauarbeitervereins und wies darauf hin, daß bereits 33 Baulehrlinge in Rheine dem christlichen Bauarbeiterverband angehören. Besonders begrüßte er dann unseren neuen Jugendsekretär, den Kollegen Leuninger aus Duisburg, und sprach den Wunsch aus, daß die heutige Versammlung ihren Zweck, eine enge Verbin-

zung zwischen der Rheinischer Bauarbeiterjugend und dem Kollegen Leuninger herzustellen, erfüllen möge.

Hierauf hielt Kollege Leuninger einen Vortrag über die Notwendigkeit des Verbandes, besonders aber über die Bedeutung der Jugend für unsere christliche Bauarbeitersache.

Die anschließende Aussprache war sehr reg. Es wurde einstimmig beschlossen, eine besondere Jugendgruppe zu bilden und regelmäßig Jugendversammlungen abzuhalten.

Sozialpolitik

Zusatzrente für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Von der Hauptgeschäftsstelle des Zentralverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener e. V. (Sitz Berlin NW 18, Große Frankfurter Straße 53) wird uns geschrieben: Die Zusatzrente ist eine Ergänzungsrente, auf die kein gesetzlicher Anspruch besteht.

Höhe der Beiträge zur Invalidenversicherung für Erwerbslose. Während ehemals für Zeiten der freiwilligen Weiterversicherung zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft in der Invalidenversicherung Marken der niedrigen Beitragssätze genügt, sind seit 1. August 1925 bei der Selbstversicherung wie Weiterversicherung Beiträge in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens aber in der Lohnklasse 2 zu entrichten.

Demnach besteht für die Gemeinden keine Verpflichtung, für die unterrichteten Erwerbslosen höhere Beiträge zur Invalidenversicherung zu entrichten als aus Lohnklasse 2, und die Versicherungsanstalten haben keine Berechtigung, diese Beitragssätze beim Fortkommensnach als den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechend zu beanstanden.

Aus der Technik unseres Faches

Moderne Bauweisen im Hausbau

VI.

3. Normalisierung im Hausbau

Man spricht heute viel von Normalisierung und Typisierung, und doch wissen die wenigsten was diese beiden Begriffe eigentlich bedeuten und vor allem, wodurch sie sich voneinander unterscheiden.

Da ist nun zunächst einmal der Begriff der Normalisierung oder Normung. Damit will man ausdrücken, daß die Abmessungen einzelner Bau- oder Maschinenteile genau festgelegt sind.

Wenn wir uns die Wohnhäuser aus verschiedenen Gegenden unseres Vaterlandes betrachten, z. B. ein Schwarzwälder Bauernhaus, eine Werkwohnung im Industriegebiet, eine Berliner Mietkaserne, so sehen wir hier verschiedene Bautypen, d. h. Einheitsformen von Häusern, die für die betreffende Gegend, in der sie stehen, bezeichnend sind.

Man könnte also sagen, daß sich die Typisierung mehr auf den äußeren Gesamteindruck eines Gebäudes bezieht, während man unter Normalisierung die einheitliche Festlegung bestimmter Abmessungen für einzelne Bauteile versteht.

Während vor dem Kriege im Fabrikbau, Bürohausbau, Hallenbau usw. große Fortschritte erzielt wurden, hat sich der Wohnungsbau gegenüber früheren Zeiten kaum vorwärts entwickelt, sondern man muß im Gegenteil feststellen, daß in gewisser Hinsicht eher ein Rückschritt zu verzeichnen ist.

Als Beispiel dafür, daß bereits in früheren Jahrhunderten Wohnhäuser mit einheitlich festgelegten Abmessungen der Grundrisse und der Geschosshöhe sowie verschiedener wichtiger Bauteile ausgeführt wurden, mag hier angeführt werden, daß die bekannten Bauherren Jagger in Augsburg bereits im Jahre 1519 106 Wohnungen nach genau bestimmten Einheitsmaßen erstellt haben.

Es ist also nichts Neues, wenn man heute, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, einheitliche Maße für einzelne Bauteile und für ganze Häuser festlegt, und der Vorwurf, daß dadurch die Bewohner in ihrer persönlichen Freiheit in unerträglichem Maße eingeschränkt werden, ist durchaus nicht ohne weiteres stichhaltig.

Es ist nur notwendig, daß die Haustypen nach jeder Richtung hin gut durchgearbeitet sind. Dabei sind nicht nur die Bedürfnisse der Bewohner, sondern auch die landschaftlichen Eigentümlichkeiten der Umgebung wohl zu beachten.

Es ist bei der Beurteilung dieser Fragen vor allem auch zu beachten, daß man ein Typenhaus nie als Einzeigebilde betrachten darf, sondern daß der freundliche Gesamteindruck einer richtig angelegten Siedlung durch das Zusammenwirken einer ganzen Anzahl von planmäßig nebeneinanderstehenden Gebäuden erreicht wird, die dann zusammen gewissermaßen eine Einheit bilden.

Sie wollen nun etwas näher auf die wirtschaftliche Bedeutung der Normalisierung im Wohnungsbau eingehen. Zunächst wird durch die Verwendung genormter Bauteile die Bauzeit wesentlich verkürzt.

ter Bauteile die Bauzeit, selbst wenn man von Stahl- und Betonhäusern absteht, doch ohne besondere Schwierigkeiten auf ein Viertel verkürzt werden. Statt daß also das Baukapital in drei Jahren viermal umgelegt wird, kann es auf diese Weise in demselben Zeitraum zwölfmal umgelegt werden.

Wie weit man in Amerika in dieser Hinsicht schon gekommen ist, werden wir in einem späteren Aufsatze sehen; für deutsche Verhältnisse können uns indessen die Amerikaner nicht ohne weiteres als Muster dienen, weil dort die Lebensbedingungen ganz andere sind als bei uns.

Wie groß die Bedeutung des Wohnungsbaues in wirtschaftlicher Hinsicht ist, mögen einige Zahlen zeigen: Deutschland hat rund 60 Millionen Einwohner; besitzen je fünf Menschen eine Wohnung, so gibt dies 12 Millionen Wohnungen.

Man nimmt an, daß eine Wohnung eine Lebensdauer von 80 Jahren hat, so muß jährlich der 80. Teil von 12 Millionen, d. h. 150 000 Wohnungen neu gebaut werden. Dabei ist aber der Bevölkerungszuwachs noch nicht berücksichtigt, der etwa mit einem Prozent im Jahre angenommen werden kann.

Der Normenausschuß der deutschen Industrie hat bereits eine große Zahl von Normalabmessungen, ausgearbeitet, die beim Hausbau Verwendung finden können.

Vielfach werden von Seiten des Bauhandwerkes Einwände gegen die Normung erhoben mit der Begründung, daß diese den Untergang des Bauhandwerkes bedeute, weil sie ihm die Arbeits- und Verdienstmöglichkeit entziehe.

Der Wohnungsbau ist heute einer der wichtigsten Zweige unserer Volkswirtschaft, denn in ihm findet eine ungemein große Zahl von Berufen ihre Beschäftigung, und davon haben wieder andere Gewerbe einen Nutzen, weil ja die Baugewerbetreibenden ihren Verdienst wieder umsetzen in Kleidung, Lebensmittel und hundert andere Dinge, so daß mit dem Blühen des Baugewerbes ganz von selbst auch eine Besserung der gesamten Volkswirtschaft eintritt.